

Bildungsausschuss befasst sich mit Stand der Durchgängigen Sprachbildung

25.9.2026 - | Landtag Baden-Württemberg

Stuttgart. Der Ausschuss für Kultus hat sich am Donnerstag, 24. September 2026, in seiner 2. Sitzung auf Antrag der SPD mit dem Stand der Durchgängigen Sprachbildung an den Schulen im Land befasst. Im Mittelpunkt der Beratung haben der schrittweise Ausbau der Durchgängigen Sprachbildung, Chancengerechtigkeit und die Bedeutung von Sprache für Bildungserfolg, sowie die Frage gestanden, wie mehr Schülerinnen und Schüler zu einem Schulabschluss geführt werden können, teilte Ausschussvorsitzender Andreas Renner (CDU) mit.

Die SPD-Fraktion sehe angesichts der jüngsten PISA-Ergebnisse dringenden Handlungsbedarf im Bereich der Sprachbildung. Der vorgesehene Abschluss der schrittweisen Einführung der Durchgängigen Sprachbildung erst im Schuljahr 2030/31 sei zu spät. Sprache sei ein wesentlicher Schlüssel für eine erfolgreiche Integration und für den schulischen Erfolg von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte, berichtete Renner.

Das Kultusministerium habe darauf verwiesen, dass 2030/31 lediglich die letzte Stufe des Ausbaus darstelle und die Umsetzung bereits zuvor Schritt für Schritt verbindlicher werde. An den Grundschulen solle die Einführung beispielsweise bereits 2028/29 abgeschlossen sein. Die schrittweise Vorgehensweise sei insbesondere mit dem notwendigen Aufbau der Unterstützungskapazitäten am Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) begründet worden, so Renner. Man gehe „mit Ambitionen und den herrschenden Möglichkeiten“ vor, habe das Ministerium erläutert.

Die Grünen hätten in der Beratung auf die weiterhin nicht zufriedenstellende Zahl von Jugendlichen hingewiesen, die die Schule ohne Abschluss verlassen. In diesem Zusammenhang sei auch die Frage nach den Ursachen für fehlende Schulabschlüsse diskutiert worden. Vonseiten der AfD sei unter anderem hinterfragt worden, welche Faktoren dazu führten, dass Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss verließen.

Das Kultusministerium habe dabei nach Angaben Renners darauf hingewiesen, dass zunächst sichergestellt werden müsse, dass Kinder und Jugendliche überhaupt regelmäßig die Schule besuchten. Dem Thema Schulabsentismus müsse daher verstärkt Aufmerksamkeit gewidmet werden. Vorgesehen seien unter anderem eine stärkere Vernetzung und Runde Tische, um Schülerinnen und Schüler, die der Schule fernblieben, wieder für den Schulbesuch zu gewinnen. Darüber hinaus solle die Bund-Länder-Roadmap für bessere Bildung über die gesamte Bildungslaufbahn hinweg zu einer höheren Bildungsqualität und besseren Abschlusschancen beitragen.

Für Jugendliche, die die Schule dennoch ohne Abschluss verließen, gebe es nach Angaben des Ministeriums Angebote im Bereich der Berufsvorbereitung. Etwa die Hälfte der Jugendlichen erreiche über diesen Weg nachträglich einen Abschluss und habe damit im beruflichen Bereich weitere Möglichkeiten, so Renner.

Weiteres Thema war die Frage, ob die Herkunftssprache von Schülerinnen und Schülern künftig in der amtlichen Schulstatistik erfasst werden solle. Die SPD habe darin ein wichtiges Potenzial für eine bessere Datengrundlage gesehen. Auch aus den Reihen der CDU sei die Bedeutung einer

entsprechenden Erfassung unterstrichen worden. Das Kultusministerium habe zugesagt, den Wunsch der Abgeordneten mitzunehmen und zu prüfen, ob eine entsprechende Initiative auf den Weg gebracht werden könne.

Die Durchgängige Sprachbildung verfolge nach Angaben des Kultusministeriums das Ziel, alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer Herkunft über ihre gesamte Bildungsbiografie hinweg zu unterstützen. Sprachbildung sei dabei nicht als zusätzliches Unterrichtsfach vorgesehen, sondern als Bestandteil des sprachbildenden Fachunterrichts in allen Fächern und Schularten. Das ZSL solle die Schulen bei der Entwicklung und Umsetzung ihrer Konzepte begleiten. Dafür werde ein Leitfaden mit verbindlichen Qualitätsmerkmalen und Umsetzungshinweisen für Fortbildungen erarbeitet. Zudem seien Unterstützungsmodule für die Schul- und Unterrichtsentwicklung sowie regionale Netzwerke vorgesehen. Auch in der Lehrkräfteausbildung werde die Durchgängige Sprachbildung schrittweise verankert.

Ergänzend werde bei diagnostiziertem Förderbedarf gezielte Sprachförderung angeboten. Mit den Maßnahmen von SprachFit, darunter der verbindlichen Sprachförderung im Vorschuljahr und den Juniorklassen, werde bereits vor dem Schuleintritt angesetzt, erläuterte Renner unter Bezugnahme auf die Stellungnahme des Kultusministeriums. Die CDU habe die Bedeutung von SprachFit und des geplanten verbindlichen letzten Kindergartenjahres hervorgehoben und grundsätzlich positiv bewertet, was bislang auf den Weg gebracht worden sei, so Renner.

<https://www.landtag-bw.de/de/aktuelles/pressemitteilungen/bildungsausschuss-befasst-sich-mit-stand-der-durchgaengigen-sprachbildung-656548>